# Correspondent

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Jährlich 150 Nummern.

für

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Preis vierteljährlich eine Mark.

XXXIV. Leipzig, Dienstag den 15. Dezember 1896. № 145.


## Die Tarif-Anarchisten

Rheinland-Westfalens sind nun schon seit zehn Jahren eifrigst bemüht, das regellose Lohn- und Arbeitsverhältnis in den blühenden Industriebezirken West-Deutschlands zu stabilisieren und dieselben haben auch mit mehr oder weniger Glück „ihren Willen“ durchgesetzt. Genau wie heute erklärten die leitenden Prinzipale der Sektion II (Rheinland-Westfalen) schon 1886, den gemeinsam zwischen Prinzipalen und Gehilfen vereinbarten Tarif aus Konkurrenzrücksichten nicht einführen zu können, auch damals standen an der Spitze der Sezession gerade Prinzipale, welche sehr leicht die winzigen Tarifverbesserungen ihren Gehilfen zubilligen konnten, aber vorgaben, den Kleinbetrieb gegenüber „unbilligen“ Forderungen der Gehilfen zu schützen.

Aber eins hat sich geändert; während 1886 der natürliche Tarifkontrahent im Prinzipalslager, der Deutsche Buchdruckerverein, sich außer stand erklärte, seine Mitglieder, geschweige denn die Prinzipale überhaupt zur Anerkennung des Tarifs zu bestimmen, welche Insolvenz-Erklärung den Herren Georgi, Heimann, Bachem, Bagel, Scherz usw. — sonderbarer Weise begegnen uns einige Träger dieser Namen auch in dem neuen Tarifkampfe — von bedeutendem Vorteile war, müssen diesmal die rheinisch-westfälischen Tarifopponenten mit diesem Faktor rechnen, weil der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins sowie die Prinzipalsmitglieder des Tarif-Ausschusses in einem offenen Brief an die Prinzipale Rheinland-Westfalens diese zur Tariseinführung anhalten und mit der These: „daß die in der (Sonderbündler-)Versammlung zu Tage getretene Tarifopposition nicht den Interessen der kleinen Buchdruckereibesitzer und kleinen Druckorte dienen will, sondern sich aus jenen Prinzipalen zusammensetzt, die ihrer ganzen gewerblichen und sozialen Stellung nach sehr wohl in der Lage wären, ihren Gehilfen das zu gewähren, was die übrige tariftreue Prinzipalschaft den ihren nicht vorenthält“, den Nagel auf den Kopf trifft. Denn gerade die Tarifignoranten im Prinzipalslager sind zu einem bedeutenden Teil Inhaber vorzüglich reüssierender Druckereien, die schon noch einen Nickel für die darin beschäftigten Arbeiter abwerfen.

Die Lebensbedingungen Rheinland-Westfalens sind nun, wie allgemein bekannt, ebenfalls nicht danach angethan, für diesen Landesstrich in Bezug der Bezahlung der Gehilfen eine Abweichung von den allgemein vereinbarten Lohnsätzen und der Arbeitszeit berechtigt erscheinen zu lassen, „weshalb — auch nach dem offenen Briefe — die dortige Gehilfenschaft nicht gesonnen ist, sich das ihr nach Fug und Recht Gebührende weiter vorenthalten zu lassen“. Daß nur rein egoistische Motive für die Handlungsweise dieser rheinischen Druckherren maßgebend sind, haben wir schon des öftern betont, heute findet diese Annahme auch Anerkennung seitens der leitenden Prinzipale, die das tarifwidrige Treiben ihrer Kollegen am Rhein ungeschminkt an den Pranger stellen; denn nicht den schönen Augen ihrer Gehilfen zu liebe, sondern lediglich um „günstigere Arbeitsbedingungen für den Kreis II zu gewinnen, als die anderen Kreise sie besitzen“, soll dort ein Sondertarif oktroyiert werden. Aehnlichen oder besser gleichen Beweggründen ist auch die Aufstellung von Lokalzuschlägen für im allgemeinen Tarife nicht bedachte Orte entsprungen.

Der Vorstand des Kreises II des Deutschen Buchdruckervereins wendet sich zwar mittels eines Inserates im Klimschschen Allgemeinen Anzeiger an „alle Buchdruckergehilfen, welche sich die Freiheit der Entschließung und das Selbsturteil über ihre eignen Interessen bewahrt haben“, um denselben die „Vorzüge“ des rheinischen Tarifmonstrums vor Augen zu führen, auch wird in dieser reklamehaften Anpreisung (wäre diese bei realer Grundlage notwendig?) die bekannte „Alters“staffel wieder als das Non plus ultra der Entlohnung „ins rechte Licht gerückt“, wie weiter im Berechnen bei 30 Pfennig für 1000 Buchstaben unschwer 24 und mehr Mark zu verdienen sein sollen — trotzdem läßt sich niemand von dem rheinischen Eldorado überzeugen. Es wurde schon an dieser Stelle einmal darauf hingewiesen, daß nach Einführung dieses Sondertarifs die älteren und teureren Gehilfen bald einen recht überflüssigen Luxus in den dortigen Druckereien bilden würden, hingegen die jüngeren, billigeren Kräfte in den rheinischen Gefilden eine gesuchte Ware wären.

Die Herren vom Rhein und der roten Erde verstehen das Geschäft! Den Gehilfen wird der Lohn und den kleinen Prinzipalen die Arbeit mittels der Lokalzuschläge eskamotiert, weshalb wir auch hier dem „offenen Briefe“ zustimmen, „daß nur zu Gunsten einiger Großdruckorte eine große Zahl kleinerer Druckorte mit Lokalzuschlägen belegt werden sollen“.

Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins sowie die Prinzipalsmitglieder des Tarif-Ausschusses sind darum in letzter Stunde bemüht, im Interesse des gewerblichen Friedens ihre „oppositionellen“ Kollegen Rheinland-Westfalens zur Anerkennung des allgemeinen deutschen Tarifs zu bewegen:

„Sollte diese unsre dringende Bitte auf unfruchtbaren Boden fallen, so müssen wir der Oppositionspartei in Rheinland-Westfalen die Verantwortung für das im Kreis entstehende schwere Unheil überlassen. Wir werden dann dafür sorgen, daß der Zusammenhang der auf Kollegialität und Achtung der gesetzmäßigen Vereinbarungen mit den Gehilfen haltenden Kollegen in Rheinland-Westfalen mit dem Deutschen Buchdruckerverein und der Tariforganisation der Deutschen Buchdrucker nicht unterbrochen wird, und auch unserseits darauf hinwirken, daß der Tarif auch im Kreise II verallgemeinert wird. Zu dem Zwecke werden wir nicht nur die Behörden und öffentlichen Körperschaften, sondern auch die gesamte Oeffentlichkeit für den Tarif und die ihm zu Grunde liegenden humanen Prinzipien sowie für die tarifzahlenden Firmen zu gewinnen suchen. Und wie das in anderen Kreisen, z. B. in Sachsen, voll gelungen ist, so wird es auch im Kreise Rheinland-Westfalen gelingen.“

Bringt uns dieses ohne Zweifel anerkennenswerte Verhalten der genannten Vertreter der Prinzipale allein ohne unser Zuthun noch nicht den uns gesetzmäßig zustehenden Lohn und die bedungene kürzere Arbeitszeit, so wird uns dasselbe aber wesentlich zu der Erreichung derselben förderlich sein.

Die deutsche Gehilfenschaft hat deshalb den ihr hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen und wird den streitbaren Herren in Rheinland-Westfalen lehren, was Rechtens ist!

Wir setzen hierher den Schlußsatz eines „An die deutsche Gehilfenschaft“ überschriebenen Artikels vom Jahr 1886, welcher heute genau wie vor zehn Jahren treffend unsre Stellungnahme zur Tariseinführung widergibt:

„Die gesamte deutsche Gehilfenschaft hat die Pflicht, im ureigensten Interesse der Selbsterhaltung ihre ganze moralische und materielle Macht in erster Linie um die bedrohten Kolonnen Rheinland-Westfalens zu konzentrieren. Sie wird diese Pflicht zu erfüllen wissen; daran zu zweifeln hieße an der Solidarität, an dem Glauben an unser Recht verzweifeln. In Rheinland-Westfalen kämpft die deutsche Gehilfenschaft!

## Korrespondenzen.

-ch- **Chemnitz.** Die im allgemeinen ereignisreiche Zeit der diesjährigen Tarifbewegung ist in unsrer Mitgliedschaft ohne wesentliche Aufregung vorübergegangen. Die Einführung des Tarifs ist in den meisten hauptsächlich in Betracht kommenden Druckereien ziemlich glatt vor sich gegangen und vor kurzem haben sich auch die Verbandsmitglieder der Firma Alexander Wiede, woselbst bisher nur die halbstündige Arbeitszeitverkürzung bewilligt worden war, durch festen Zusammenschluß und energisches Vorgehen in den Genuß der tarifgemäßen Lohnerhöhung gesetzt. Wenn wir nun glaubten, daß die Einführung des Tarifs auch in den kleineren Druckereien ohne Opfer vor sich gehen würde, so wurden wir doch durch einen in der „Papierwarenfabrik“ von Rein, Annaberger Straße, vorgekommenen Zwischenfall eines andern belehrt. In dem genannten Geschäft herrscht der „Fabrikbetrieb“ in des Wortes vollster Bedeutung. Die dort konditionierenden Kollegen werden nach Stundenlohn, welcher bei zehneinhalbstündiger Arbeitszeit dem alten Minimum (22,50 Mk.) gleichkommt, bezahlt, ebenso werden die gesetzlichen Feiertage in Abzug gebracht usw. — Zustände, welche mit einem Tarif überhaupt nicht in Einklang zu bringen sind. Die bisher dort stehenden vier Kollegen (drei Mitglieder und ein Nichtmitglied) wurden am 8. d. M. bei ihrem Prinzipal um Einführung des neuen Tarifs vorstellig, jedoch wurde ihnen jede Bewilligung rund abgeschlagen. Als ihnen bei einem spätern nochmaligen Versuch dieselbe Antwort zu teil wurde, legten die vier Kollegen die Arbeit nieder und verließen sofort das Geschäft, wozu sie laut der Fabrikordnung, welche eine gegenseitige Kündigung ausschließt, berechtigt waren. Hoffentlich gelingt es, die Kollegen bald wieder unterzubringen. Es liegt doch bekanntlich nicht nur im Interesse der Gehilfen, sondern auch in dem der tariftreuen Prinzipale, wenn die Gehilfen auf allgemeine Einführung und Anerkennung des Tarifs dringen. — Vor kurzem begingen zwei hiesige allgemein beliebte Kollegen, die Herren Karl Köbel und Richard Richter, das Jubiläum ihrer fünfundzwanzigjährigen Verbandszugehörigkeit. Aus diesem Anlasse veranstaltete die hiesige Mitgliedschaft ein Mitgliedervergnügen im Saale des Handwerkervereinshauses, bei welcher Gelegenheit den Jubilaren durch den Gauvorsteher Stoy im Namen des Gaues und unter warmen Worten der An-

erkennung und des Dankes für ihre bisher bewiesene Treue und echte Kollegialität je ein künstlerisch ausgeführtes Diplom sowie im Namen der Mitgliedschaft durch Kollegen Zschoche je ein gefüllter Bierkrug überreicht wurde. Gerührt und in herzlicher Weise dankten die Jubilare für die ihnen erwiesenen Aufmerksamkeiten. Möge es den beiden Kollegen vergönnt sein, noch recht lange in steter Gesundheit, körperlicher und geistiger Frische und Rüstigkeit in unsrer Mitte zu bleiben!

**Danzig.** (Bericht über die am 5. Dezember abgehaltene ordentliche Monatsversammlung.) Zu Punkt 1: Berichterstattung über die abgehaltenen Druckereiversammlungen, teilt der Vorsitzende der Versammlung mit, daß das Resultat der von ihm betreffs Besprechung über die event. Einführung des neuen Tarifs einberufenen Druckereiversammlungen kein befriedigendes sei. Es wären von den in Betracht kommenden Druckereien der Einladung nur gefolgt die Mitglieder der A. W. Kafemanschen Offizin und der Danziger Neuesten Nachrichten. Von den Elbinger Kollegen sei auf eine Anfrage in dieser Sache eine Antwort überhaupt nicht erfolgt; die Graudenzer hätten kürzlich eine kleine Aufbesserung erfahren und seien Mehrforderungen zur Zeit aussichtslos. Die Druckerei Kanter in Marienwerder zahle jetzt 32 statt bisher 30 Pf. pro Tausend. Nach diesen wenig erfreulichen Mitteilungen kommt die Versammlung nach längerer Debatte zu dem Resultate, daß ein Vorgehen augenblicklich keine Aussicht auf Erfolg biete, zumal der Chef der in erster Linie in Betracht kommenden Druckerei von A. W. Kafemann eine Lohnerhöhung von vornherein abgelehnt habe. In den Neuesten Nachrichten handele es sich bei tarifmäßigem Gewißgelde nur um Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Da, wie auch aus der heutigen Versammlung ersichtlich, die Mehrzahl der hiesigen Kollegen zu geringes Interesse für den neuen Tarif an den Tag lege, ließe sich auch von einer allgemeinen Buchdruckerversammlung kein besseres Resultat erhoffen. Es wird außerdem beantragt, der Zentralvorstand möge sich durch Augenschein wieder einmal von den hiesigen Verhältnissen überzeugen. Schließlich gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: „Es wird beantragt, um kein Mittel zur Einführung des neuen Tarifs unversucht zu lassen, unsern Gehilfenvertreter Herrn Schlag hierher zu bitten, um persönlich Rücksprache mit den hiesigen Prinzipalen zu nehmen.“ — Punkt 2: Stellungnahme zum hiesigen Arbeitsnachweise, ruft eine rege Debatte hervor. Es wird energisch gefordert, das Tarif-Amt um Auskunft darüber zu ersuchen, wie der hiesige Arbeitsnachweis unter das Verzeichnis derjenigen kommt, welche die Verpflichtungen des § 48 übernommen haben. Hierzu kommt folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige ordentliche Versammlung des Ortsvereins Danzig protestiert gegen den in Nr. 135 des Corr. veröffentlichten Arbeitsnachweis Ketterhagergasse 4 (A. W. Kafemann), da die Firma den 1896er Tarif strikte abgelehnt hat.“ — Als vierter Punkt kam die Bewilligung einer Unterstützung für die streikenden Kollegen in Rheinland-Westfalen zur Besprechung. Von verschiedenen Seiten wurde ausgeführt, daß bei der horrenden Summe, über die der Verband jetzt wieder verfüge, für die Unterstützung dieser Kollegen seitens der Kasse ein übriges gethan werden könnte, damit sie nicht nötig hätten, sich gleich am Anfange der Bewegung an die einzelnen Gaue zu wenden. Nach längeren Auseinandersetzungen und einigen Hinweisen auf das uns alle verbindende Solidaritätsgefühl bewilligte die Versammlung den streikenden Kollegen 100 Mk. aus der Tarifkasse. Vor Schluß der Versammlung richtete der Bibliothekar an die Anwesenden noch die Aufforderung, die Bibliothek reger als bisher zu benutzen, zumal dieselbe in letzter Zeit durch Neuanschaffungen bedeutend erweitert worden sei. Von den 95 Mitgliedern unsers Ortes waren bei Beginn der Versammlung anwesend 30 Kollegen, später 40. Gewiß auch ein Zeichen des geringen Interesses an der so wichtigen Tagesordnung! — Eine genauere Darstellung der allgemeinen Verhältnisse des Gaues Westpreußen bleibt einer spätern Nummer vorbehalten.

Z, **Detmold**, 7. Dezember. Der Schlußsatz unsrer letzten Korrespondenz betonte, daß wir bei dem bis jetzt Errungenen nicht stehen bleiben wollten und könnten, daß sich aber die Wahrheit dieser Worte so rasch erfüllen sollte, glaubten wir selbst nicht. Doch zur Sache. Durch die aufmunternden Zirkulare des Gehilfenvertreters des II. Kreises, Kollegen Bettenworth einerseits und durch das rigorose Vorgehen der Prinzipale Rheinland-Westfalens anderseits veranlaßt, machten die Kollegen der Gust. Heynkeschen Druckerei (Inhaber F. Metzentin) einen erneuten Vorstoß, um dem 1896er Tarif Anerkennung zu verschaffen. Am 5. Dezember kündigten fünf Mitglieder, ein Nichtmitglied und ein Buchbinder mit der Forderung des neuen Tarifs. Montag, den 7. Dezember vormittags, bis zu welchem Zeitpunkte wir Antwort erbeten hatten, wurde uns der Bescheid, daß der Tarif vollständig anerkannt wäre! Eine schriftliche Anerkennung konnten wir nicht erzielen, weil die maßgebendste und bestfundierteste Druckerei am Orte diesen Schritt noch nicht gethan hat; trotzdem ist die Gust. Heynksche Druckerei als vollständig tariftreu für Mitglieder in das Verzeichnis der tarifzahlenden Druckereien aufzunehmen. — Nicht angeschlossen hatten sich zwei Nichtvereinsmitglieder, welche die Früchte ihres Schmarotzerdaseins in Gestalt eines 29 Pfg.-Buchstabentarifs büßen. Der sich uns anschließende Buchbinder wurde mit der Antwort, daß die Firma fast den höchsten Lohn am Orte zahle, abgewiesen. Es ist dies leider für uns bedauerlich, wir konnten uns aber auch nicht dazu verstehen (da die Buchbinderei nebensächlich), sämtliche Errungenschaften wieder fahren zu lassen, da diese Druckerei das stete Schmerzenskind des Ortsvereins Detmold bis jetzt war. Glücklicherweise sind wir nun durch die Thatkraft der Mitglieder über diesen Punkt hinweg und bleibt es nur den Kollegen der anderen Druckereien übrig, sich den neuen Tarif ebenfalls zu erringen.

**Essen**, 10. Dezember. Die letzte diesjährige Bezirksversammlung fand am vorigen Sonntag in Königssteele statt. Dieselbe war von über 130 Kollegen aus den Orten Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Steele und Werden besucht. Beim ersten Punkte der Tagesordnung wurde ein Zirkular des Gauvorstandes verlesen, worin bekannt gemacht wird, daß von seiten des Gauvorstandes Fragebogen ausgegeben wurden, um eine vollständige Uebersicht über den Stand der Bewegung im Gaue zu ermöglichen. Weiter werden in dem Zirkulare nochmals die Gründe dargelegt, die den Gauvorstand veranlaßten, die obligatorische Extrasteuer von 50 Pf. pro Mitglied zu erheben. Die Gaukasse besitze nur ein Vermögen von etwa 3500 Mk., welche Summe jedoch zum weitaus größten Teil in den verschiedenen Bezirken als zurückbehaltener Vorschuß gebucht ist. Hoffentlich werde es möglich sein, schon nach Verlauf von vier bis sechs Wochen die Steuer wieder aufzuheben, da alsdann die Bewegung wohl zu Gunsten der Gehilfen beendet sein werde. Die ausstehenden Kollegen müßten aber hinreichend unterstützt werden, damit sie den Kampfesmut nicht verlieren. — Nach erfolgter Berichterstattung über das finanzielle Gebahren im verflossenen Quartal und Dechargeertellung verurteilte der Kassierer sehr entschieden das Restantenunwesen und drohte mit Veröffentlichung der Restanten event. Ausschluß derselben. — Den Situationsbericht erstattete Kollege Müller. Redner wies auf die Erfolge hin, welche wir in Rheinland-Westfalen bisher schon errungen und forderte die Mitglieder auf, den günstigen Augenblick auszunutzen und überall eine rege Agitation zu entfalten, damit der allgemeine deutsche Buchdruckertarif auch allgemein in Rheinland-Westfalen eingeführt würde. Die Macht der rheinisch-westfälischen Tarifignoranten und Sondertarifmacher müsse ein für allemal gebrochen werden. In demselben Sinne sprachen sich die Kollegen Schumann- und Konrad-Bochum aus, welche ein allgemeines Bild über die Bewegung in Bochum gaben. Kollege Luxinger-Gelsenkirchen berichtete sehr günstig über letztern Ort. Es knüpfte sich hieran eine längere Diskussion, in welcher die Maßnahmen des Gauvorstandes betreffs einzelnen Offizinen besprochen wurden. Ferner wurde noch ein Antrag besprochen, diejenigen Kollegen, welche den Direktiven des Zentral- bezw. Gauvorstandes nicht gefolgt, auszuschließen. — Zum vierten Punkte: Wahl des Ortes für die nächste Bezirksversammlung, wurde beschlossen, innerhalb vier Wochen in Bochum eine außerordentliche Bezirksversammlung abzuhalten, während die nächste ordentliche in Gelsenkirchen stattfinden soll. — Unter Verschiedenes kam es leider zu einer unerquicklichen Debatte. Es wurde von Herrn Bettenworth verurteilt, daß sich in Essen Kollegen hergeben, immer noch die B.-W. mit Artikeln von hier zu besorgen. Als sich nun ein Kollege erhob, um dies zu rechtfertigen, entstand eine solche Unruhe im Saale, daß die Versammlung einen unfreiwilligen Abschluß durch den überwachenden Polizeibeamten fand.

**Hoerde**, 9. Dezember. Was wird aus Hoerde Gutes kommen, wird mancher Leser des Corr. denken, welcher in früheren Zeiten das zweifelhafte Glück hatte, in hiesige Gegend verschlagen zu werden, wenn er diesen Artikel zu Gesicht bekommt. Und doch ist es etwas Gutes, was Veranlassung zu diesem Berichte gegeben. Aus dem Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen ist zu ersehen, daß sämtliche hierorts bestehenden Buchdruckereien den Tarif anerkannt haben, und zwar Halbach und Niemeyer schriftlich, May & Ko. mündlich dem Personale gegenüber. Dieses günstige Resultat ist um so höher anzuschlagen, als es hier galt, neben der Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung des Minimums von 20,50 resp. 21 Mk. auf 23,10 Mk. zu erringen. Hoerde liegt nämlich kaum 4 Kilometer von Dortmund und hatte hier infolge dessen ein zehnprozentiger Lokalzuschlag Platz zu greifen. Obwohl schon nach dem 1886er Tarife dieser Lokalzuschlag uns Hoerdern hätte zu gute kommen sollen, sah man sich damals gehilfenseitig doch veranlaßt, des lieben Friedens wegen auf die uns wohl zu vergönnen gewesene Vergünstigung Verzicht zu leisten; galt es doch damals, einen viel größern Sprung zu unternehmen als heute. Löhne von 11, 12, 15 und 18 Mk. mußten in solche von 20,50 Mk. umgeändert werden. Und so ergab sich denn nun jetzt bei der Einführung des 1896er Tarifs für uns die Pflicht, Versäumtes nachzuholen, was auch dank einmütigen, verständigen Vorgehens der Personale und anerkennenswertem Entgegenkommen der Prinzipale gelungen ist. Hoerde ist somit in die Nutznießung des neuen Tarifs gelangt, ohne einen Mann und einen Groschen zu opfern. Infolge dieser Errungenschaft faßten denn auch die Mitglieder in der letzten Ortsversammlung einmütig den Beschluß, nicht nur die vom Gau ausgeschriebene Extrasteuer von 50 Pf. zu bezahlen, sondern man stimmte auch einem weitern Antrag auf Leistung einer Extrasteuer von gleichfalls 50 Pf. zu Gunsten unsrer seit 1891 bestehenden Bezirkskasse zu. Zwar wurden eingangs der Debatte über diesen Punkt auch einzelne Stimmen vernehmbar, die getreu dem Beschlusse der Iserlohner Kollegen es ablehnten, diese Steuer zu zahlen, doch verstanden es einige ältere Kollegen, unter Hinweis auf die von uns bei Gelegenheit der Bewegung von 1891/92 geübte Opfermütigkeit, die Opponenten umzustimmen, so daß beide Anträge einstimmig angenommen wurden. Die zwei am hiesigen Ort anwesenden Nichtmitglieder (erst kürzlich ausgelernte Kollegen), welche in der Versammlung zugegen waren, erklärten sich hierauf freiwillig zur Leistung eines Beitrages für die Bezirkskasse von wöchentlich 1 Mk. bereit. Dieselben werden sich mit Ablauf dieses Jahres dem Verbande zuwenden, so daß wir alsdann wieder geschlossen dastehen. Ein Blick zurück in die Zeit vor 1886 zeigt uns hier so recht, was Einmütigkeit zu erzielen vermag. Mögen die Kollegen dessen eingedenk sein, daß wir vereinzelt nichts, geschlossen viel bedeuten. Hoch die Solidarität!

-k- **Kaufbeuren**, 8. Dezember. (Jubiläum.) Am letzten Samstag feierte der in weiteren Kreisen bekannte Kollege Herr Fritz Keidl, als am Tage der 25. Wiederkehr seines Eintrittes in die J. B. Dornsche Buchdruckerei dahier, sein 25jähriges Geschäftsjubiläum. Zu diesem Zwecke veranstalteten die Kollegen der genannten Offizin zur Feier des Tages in ihrem Vereinslokale Gasthaus „Zum Löwen“ dahier einen Geselligkeitsabend, bei welchem u. a. auch dem Herrn Jubilar von seinen Mitarbeitern ein Brillantring zum Andenken überreicht, sowie von seiten des Geschäfts dem Genannten eine Remuneration überwiesen wurde. Deklamatorische, gesangliche und musikalische Vorträge gestalteten den Abend zu einem äußerst gemütlichen. Herr J. Dorn jun. gedachte in einer Ansprache der Pflichttreue des Herrn Jubilars, mit dem Wunsche schließend, daß es jedem Anwesenden seiner Firma vergönnt sein möge, diese ebenso seltene als schöne Feier erleben zu können. Herr Kollege Keidl dankte sichtlich gerührt allen Anwesenden und sprach die Hoffnung aus, wie jetzt auch fernerhin in treuem Zusammenhalten mit den Kollegen sowohl die Interessen des Verbandes wie des Geschäftes zu wahren und zu pflegen.

H. **Landau** (Pfalz), 10. Dezember. Am Sonntag, 6. Dezember, fand hier eine außerordentliche Bezirksversammlung statt, die im Gegensatze zu den letzten Versammlungen erfreulicherweise recht zahlreich besucht war. Von auswärts waren die Mitglieder aus Auweiler und Edenkoben erschienen; ein in Bergzabern stehendes Mitglied „versäumte leider den Zug“, während die ebenfalls eingeladenen Nichtmitglieder in Bergzabern und Edenkoben es vorgezogen hatten, fernzubleiben. Die Versammlung beschäftigte sich eingangs mit dem Verzeichnisse der tariftreuen Druckereien. Schon die letzte Bezirksversammlung hatte sich kurz mit diesem Punkte befaßt, weil in dem Verzeichnis auch die Druckerei von L. Deluse hier aufgeführt ist, deren Inhaber jedoch nicht im entferntesten darun denkt, den Tarif einzuführen. Dieser Umstand gab auch Anlaß zu der Berichtigung in Nr. 132 des Correspondenten. In der heutigen Versammlung gab nun der Vorsitzende, Kollege Knaack, seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die erfolgte Klarstellung im Corr. ein praktisches Ergebnis nicht gehabt habe, da die Druckerei nach wie vor im Verzeichnisse weitergeführt werde. Redner empfahl, beim Tarifamte die Streichung der Druckerei zu beantragen. Die Versammlung stimmte dem bei und nahm nach kurzer Debatte einstimmig folgenden vom Schriftführer eingebrachten Antrag an: „Die heutige außerordentliche Bezirksversammlung ersucht den Gehilfenvorsitzenden Herrn Giesecke, dahin zu wirken, daß die Druckerei L. Deluse, Landau (Pfalz), aus dem Verzeichnisse der Tarif-Druckereien gestrichen wird, da in diesem Geschäft in keiner Weise tarifliche Verhältnisse herrschen.“ — Betreffs der Meixnerschen und Georgesschen Druckerei, die — erstere nur für Verbandsmitglieder — zwar tarifmäßige Zustände aufweisen, den Tarif jedoch nicht schriftlich anerkannt haben, erklärten die Kollegen aus genannten Geschäften ein diesbezügliches Vorgehen für aussichtslos, da die Inhaber dem Prinzipalvereine nicht angehören und sich um nichts kümmern; nichtsdestoweniger soll ein Versuch gemacht werden. — Der Bericht über die tariflichen Verhältnisse in den einzelnen zum Bezirke gehörigen Druckorten zeitigte ein keineswegs befriedigendes Bild. Während in Auweiler dank den dortigen thätigen Kollegen der Tarif eingeführt ist, besteht in Edenkoben noch zehneinhalbstündige Arbeitszeit; von den zwei dort stehenden Mitgliedern wird das eine über, das andre unter Minimum entlohnt. Hier dominieren eben die Nichtmitglieder, die durch ihre Interesselosigkeit ein jedes Vorgehen von vornherein als zwecklos erscheinen lassen. Am schlimmsten sind wohl die Zustände in Bergzabern: elfstündige Arbeitszeit, niederer Lohn, Lehrlingszucht gehen hier Hand in Hand. — Für die ausstehenden Kollegen in Rheinland-Westfalen wurden vorläufig 20 Mk. bewilligt. Daran anschließend kam die Stellungnahme der Mitglieder in Saarbrücken-St. Johann zu der Tarifeinführung zur Sprache. Kollege Lesewa brachte dazu folgende, die Stimmung der Versammlung wiedergebende Resolution ein, die ebenfalls einstimmige Annahme fand: „Die heutige außerordentliche Bezirksversammlung des Bezirksvereins Landau erachtet es als eine den Verbandsprinzipien entgegenstehende Handlungsweise, wenn die Kollegen von Saarbrücken-St. Johann bei der gegenwärtig allerorts versuchten Einführung des 1896er Tarifs eine Sonderstellung einnehmen und in blinder Gefolgschaft der verhetzenden Thätigkeit der B.-W. jedes Eintreten für denselben ablehnen. Die Versammlung hält auch den kleinsten Fortschritt zweckdienlicher als den Stillstand.“

-o- **Leipzig.** Am Mittwoch fand abermals eine allgemeine Versammlung der hiesigen Schriftgießer statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung verlas Kollege Franke ein Telegramm folgenden Wortlautes: „Kollegen nicht kommen." Ferner verlas er ein Schreiben von der Siebener-Kommission, worin dieselbe mitteilte, daß sie eine mündliche Aussprache mit der Leipziger Deputation nicht für nötig halte aus folgenden Gründen: sie habe sich betreffs Deckung der Kosten mit dem Zentralvorstand ins Vernehmen gesetzt, ferner wär noch nicht genügendes Material in ihren Händen. Die letztere Begründung erregte große Verwunderung und war die Versammlung der Meinung, daß wohl andere Gründe dahinter stecken müßten. Vielleicht sind die Beschlüsse der Hamburger und Offenbacher Kollegen dabei maßgebend gewesen, oder fürchteten die Berliner Kollegen eine Aussprache mit den Leipzigern. Die in dem Schreiben enthaltene Bestimmung, daß Leipzig einen Schriftführer zu stellen hätte, lehnte die Versammlung ab, mit dem Hinweise, daß es Sache des Kongresses sei, sein Büreau zu wählen. — Ferner war man der Annahme, daß von allen Städten zum Kongresse nur gelernte Schriftgießer entsendet werden und selbige auch von gelernten Schriftgießern gewählt werden. Demnach hätte Berlin auch nur fünf Vertreter zu entsenden. Hierauf wurden noch die Kollegen Espenhain und Pester als Kandidaten aufgestellt und nochmals bekannt gegeben, daß fünf Delegierte zu wählen sind. Die Wahl findet im Laufe der nächsten Woche durch Urabstimmung statt und wird das Resultat im Corr. bekannt gegeben. Laut einstimmig angenommenen Antrages haben die Leipziger Delegierten dahin zu wirken, daß Komplettguß nur im gewissen Gelde hergestellt, und für die Brotschriften die Kiloberechnung eingeführt werden soll. Die Versammlung macht sich betreffs eines einheitlichen Tarifs wenig Hoffnung, hofft aber, daß die Arbeiten auf dem Kongresse zu einem befriedigenden Resultate führen werden.

**Wesel.** Laut Beschluß der allgemeinen Buchdruckerversammlung vom 6. Dezember wurden am Montag die Personale von verschiedenen Druckereien vorstellig und hatten bis Dienstagmittag den 1896er Tarif anerkannt Reinhard Schmithals (schriftlich), 3 Mitglieder, Bezahlung über Minimum; Karl Kühler (dem Personale gegenüber), 5 Nichtmitglieder. Weitere Bewilligungen in Aussicht. Bericht folgt.

**Weimar.** Am Sonntag dem 6. Dezember veranstaltete der Vorstand des Ortsvereins Weimar einen Familienabend zu Ehren des frühern Gauvorstehers, Herrn Faktor Küttner, welcher am 10. d. M. Weimar verlassen hat. Nachdem der Gesangverein Gutenberg durch Vortrag des Liedes „Brüder reicht die Hand zum Bunde" (Küttnerscher Text) die kleine Feier eröffnet hatte, sprach der Vorsitzende des Ortsvereins dem Kollegen Küttner den Dank aus für seine aufopfernde Thätigkeit als Verbandsfunktionär und erwähnte hierbei die verschiedenen Aemter, welche der Scheidende während seines Hierseins innegehabt und gewissenhaft verwaltet, bis er aus Gesundheitsrücksichten sein letztes Amt als Gauvorsteher niedergelegt habe. Hierauf widmete der Vorsitzende des Gesangvereins Gutenberg warme Abschiedsworte, pries die Verdienste des Kollegen Küttner als Gesangvereinsmitglied und Mitbegründer des Gesangvereins und ernannte ihn zum Ehrenmitgliede des Gutenberg. Im Namen des Gauvorstandes feierte Gauvorsteher Kühn den Scheidenden in längerer Rede. Kollege Küttner dankte den verschiedenen Rednern in herzlichen Worten. Der Abend verlief, verschönt durch Vorträge des Gutenberg, in fröhlichster Stimmung.

**Wittenberg.** Unser Ortsverein hielt am Sonnabend dem 5. Dezember seine diesjährige Generalversammlung ab, zu welcher 17 Mitglieder und 2 Nichtmitglieder (Faktor und Maschinenmeister der Druckerei Fiedler & Kluge) erschienen waren. — Unter Geschäftlichem gab der Vorsitzende bekannt, daß der neue Tarif nunmehr auch von den beiden für die Verbandsmitglieder in Betracht kommenden Firmen Scharffel und Löbcke (von letzterer bereits seit 1. Juni, von ersterer seit Bestehen des Geschäfts, 15. Oktober) schriftlich anerkannt sei. — Im Anschlusse hieran wurde über die Aufhebung der Blockade der Druckerei Fiedler & Kluge verhandelt und nach einer Erklärung des Herrn Faktors Georgi (F. & K.), wonach die Firma den neuen Tarif anerkennt und ihrem Personale volle Koalitionsfreiheit gewährt, die Aufhebung der Sperre einstimmig beschlossen. Eine schriftliche Anerkennung des Tarifs seitens der Firma wurde für die nächste Zeit versprochen. — Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurden der bisherige Vertrauensmann und der Schriftführer wiedergewählt, während als Beisitzer und Revisoren die Kollegen Schulze und Liebe die meisten Stimmen erhielten. — Unter Verschiedenem wurde die Einführung eines Strafgeldes für unentschuldigtes Fehlen in der Versammlung in Anregung gebracht; eine Beschlußfassung hierüber soll in der nächsten Versammlung erfolgen. — Eine veranstaltete Sammlung für die streikenden Hafenarbeiter Hamburgs ergab 2,95 Mk. — Der gegenwärtige Mitgliederstand beträgt 23, welche sich wie folgt auf die verschiedenen Druckereien verteilen: Löbcke 8, Schäffel 8, Bickel 2, Fiedler & Kluge 3; 2 Mitglieder arbeiten nicht mehr im Beruf.

---

## Rundschau.

Aus Apolda geht uns eine Resolution zu, die in genugsam bekannter Weise in längerer Ausführung gegen Zentralvorstand und Corr.-Redaktion zu Felde zieht. Dieselbe wünscht in der Hauptsache: Leitung des Corr. nach den Beschlüssen der Generalversammlung, freie Meinungsäußerung in demselben und Wegfall der persönlichen Redaktionszensur, ferner Zurücknahme der in letzter Zeit erfolgten statutwidrigen Ausschlüsse und Einstellung jedweder beabsichtigten Maßnahme gegen die Leipziger (Friedenfels-) Kongreß-Teilnehmer. In Ausführung des ersten und bedingungsweise zweiten Wunsches erübrigt sich die Wiedergabe des ganzen Elaborats. Was die freie Meinungsäußerung betrifft, so ist dieselbe selbstverständlich gewahrt, sofern sie sich in sachlichem Rahmen bewegt. Der Ausdruck „persönliche Redaktionszensur" ist unverständlich, da wir nur unsre Pflicht zu erfüllen glauben, wenn wir falsche Angaben richtigstellen und persönliche Anzapfungen zurückweisen. Wir hoffen, daß sich die „große Anzahl älterer langjähriger Mitglieder" in Apolda, welche „jederzeit für den weitern Ausbau unsrer Organisation thätig sein" wollen, dies dadurch bethätigen, daß sie auf eine unfruchtbare und mehr persönliche Polemik verzichten und damit den jüngeren Kollegen mit gutem Beispiele vorangehen.

Herr Gegenheimer beschuldigt uns in der B.-W. einer unanständigen Taktik bei der Aufnahme seines Artikels. Wir erklären, daß wir beim besten Willen einen Zusammenhang zwischen dem Untergange des alten Roms und der Tarifgemeinschaft nicht entdecken konnten und deshalb diesen Teil gestrichen haben, wie wir doch wohl das Recht haben, Korrekturen an den Einsendungen vorzunehmen. Die Absicht einer einseitigen Benutzung seiner Arbeit hat uns fern gelegen. — Die Redaktion der B.-W. fügt diesen Auslassungen hinzu, wir hätten die Einsendung Kretzschmars wochenlang liegen lassen, „bis sich zufällig oder vielleicht auf leisen Wink ein abschwächender Artikel zugesellt hat". Ueber Eingang und Abdruck der Einsendungen führen wir genau Buch, um später einmal solchen ungerechtfertigten Beschuldigungen begegnen zu können. Die Einsendungen müssen freilich lange liegen bleiben, weil die Zahl derselben eine noch nie dagewesene umfangreiche ist. Es ist dies also eine irrtümliche Auffassung der B.-W.-Redaktion. Solch verächtliche Mittel wie den „leisen Wink" verschmähen wir. Auf jeden Fall fabrizieren wir keine Artikel in Leipzig und lassen sie dann nach berühmtem Muster als „Stimme aus der Provinz" oder so ähnlich signiert „einsenden". Verstanden?

Auf eine Eingabe des Verlags einer größern Zeitung in Berlin haben die Minister der geistlichen Angelegenheiten, des Innern und für Handel den Regierungspräsidenten in Rücksicht auf das bevorstehende Weihnachtsfest (Freitag, Sonnabend, Sonntag), um das Erscheinen einer Morgennummer am Sonntag zu ermöglichen, gestattet, die Arbeitszeit für die Nacht vom Samstag zum Sonntag, die sonst 6 Stunden betragen würde (12 bis 6 Uhr), für Zeitungsdruckereien auf 12 Stunden zu verlängern (und zwar von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens). Doch sollen den in dieser Zeit beschäftigten Leuten unmittelbar vor oder unmittelbar nachher 48 resp. 24 Stunden ununterbrochene Ruhe gewährt werden.

Die Setzer der Genossenschafts-Buchdruckerei in Halle a. S. sollten an Gerichtsstelle ausgeforscht werden, wer einige Boykott-Artikel des Volksblattes abgefaßt habe, verweigerten aber jede Auskunft.

Der Typograph erzählt in einem Artikel „Zur Abwehr" folgendes: „In einer großen Berliner Zeitungsdruckerei, in der die Verbändler dominieren, reichten die vorhandenen Arbeitskräfte in der Accidenzabteilung nicht aus; statt nun Hilfe von irgend einem Arbeitsnachweise zu engagieren, wurden unter der Hand aus einer in demselben Hause sich befindenden andern Druckerei Verbändler herangezogen, die nach Beendigung ihrer Arbeitszeit Ueberstich (wohl drei Stunden täglich) machten. Erst nach einigen Tagen kam den anderen Verbandskollegen — auf Anregung von Nichtverbändlern — die Einsicht, daß diese Handlungsweise keinesfalls den Anspruch auf die Bezeichnung ‚Kollegialität' machen dürfte." — Der Sachverhalt ist folgender: Die Druckerei von H. in Berlin hatte einen Druckauftrag übernommen, den das Geschäft wegen Schriftmangels nicht bewältigen konnte. In dieser Verlegenheit wandte man sich an eine im selben Hause befindliche Zeitungsdruckerei mit dem Ersuchen, die Hälfte der Arbeit zu übernehmen. Dieses Geschäft ging darauf ein; nachdem mehrere Tage die Arbeit im Flusse war, sollte der Rest so schnell fertig gestellt werden, daß das Personal nicht ausreichte. Von Einstellen anderer Kräfte konnte wegen der kurzen Dauer der Arbeit keine Rede sein. In dieser Kalamität schickte das Geschäft von H. vier Setzer ein paar Treppen tiefer, wo dieselben 1½ Tag aushalfen und auch einige Ueberstunden mitmachten. Wie hieraus zu ersehen, ist an der ganzen Notiz des Typ. nur das Eine wahr, daß diese vier in Frage kommenden Kollegen Verbandsmitglieder sind — alles Andre entstellt, um Stimmung zu machen. Was sich die Buchdrucker heutzutage alles bieten lassen müssen!

Ueber die Druckerei der Congregatio de propaganda fide, jene römische Druckerei, wo Bücher und Flugschriften in allen Sprachen der Welt und Mundarten gedruckt werden, teilt die Papier-Zeitung mit: Die Druckerei wurde 1626 durch Past Gregor XV. gegründet und durch Urban VIII. erweitert. Ein Jahr später war sie schon in der Lage, in 26 Sprachen zu drucken. Als Napoleon I. 1811 Papst Pius VII. gefangen nahm und nach Fontainebleau brachte, sperrte er auch die Druckerei der Propaganda und schickte deren Material nach Paris. Drei Jahre später, unter Ludwig XVIII., wurde die Rückgabe der Druckerei erwirkt. Jedoch war ein großer Teil des Materials unbrauchbar geworden. Aber bald wurde die Druckerei auf ihren frühern Stand zurückgebracht. Als Gregor XVI. die Druckerei 1842 besuchte, konnte man ihm ein Album vorlegen, das in 55 Sprachen gedruckte Arbeiten enthielt, wovon 22 asiatisch, 27 europäisch, 3 amerikanisch und 3 afrikanisch waren. Unter den Werken dieser Anstalt findet sich auch das Vaterunser in 250 Sprachen gedruckt.

### Presse und Litteratur.

Verurteilt der Redakteur Wiertelarz in Erfurt (Thür. Tribüne) zu einem Monate Gefängnis wegen Offiziersbeleidigung. Ferner brachte das genannte Blatt folgenden Satz: „Wir richten an die Metallarbeiter Deutschlands das Ersuchen, uns in unserm Kampfe zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß die Streikenden nicht durch andere Kräfte ersetzt werden." Darin fand die Staatsanwaltschaft eine — Boykotterklärung. Das Schöffengericht erkannte zwar auf Freisprechung, aber das Landgericht auf 50 Mk. Geldstrafe. Das Blatt liege in den Gastwirtschaften aus und es würden somit auch jene Leser beunruhigt, welche den Standpunkt des Blattes nicht teilen!? — Der Redakteur Diesener in Berlin (Sozialist) wie der Verfasser des betreffenden Artikels zu je vier Wochen Gefängnis wegen Beleidigung der Frankfurter Polizei. Der Inhalt des Artikels enthielt zwar nur Thatsachen, aber die gebrauchten Ausdrücke waren beleidigend. — Die Magdeburger Volksstimme tadelte, anknüpfend an eine Jagd in der Letzlinger Haide, die Treibjagden. Die Staatsanwaltschaft fand in dieser Kritik eine Beleidigung des Kaisers, weil dieser an der Jagd teilgenommen, und beantragte zwei Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis. Es wurde angenommen, der Angeklagte habe gewußt, daß der Kaiser an der Jagd teilnehme. Infolge dessen sei der Artikel wohl geeignet, den Kaiser objektiv wie auch subjektiv zu beleidigen, denn die Spitze der Kritik richte sich augenscheinlich gegen die Person des Herrschers. In einer andern Nummer desselben Blattes hielt man sich darüber auf, daß Arbeiterversammlungen nachts 11 Uhr geschlossen werden müßten, während ein Militärverein in nächtlicher Stunde Feuerwerkskörper abgebrannt habe. Das wurde als grober Unfug angesehen und mit 20 Mk. bestraft (beantragt waren drei Wochen Haft), weil der Angeklagte nicht nachgewiesen habe, daß wirklich Leute in ihrer Nachtruhe gestört worden seien, auch sei das Feuerwerk nicht laut genug gewesen, um ruhestörend zu wirken. Daß der Angeklagte sich über die weitgehende Freiheit der Militärvereine ärgere, das genüge nicht zur Entlastung, da er selbst in seiner Nachtruhe nicht gestört worden sei.

Die oft in Erscheinung tretenden Gegensätze zwischen den staatsanwaltschaftlichen Anträgen und den Richtersprüchen zeigte sich wieder einmal betr. einer Broschüre, betitelt „Kaiser Wilhelm II. und die Revolution von oben", von dem frühern Rechtsanwalte Dr. Fritz Friedmann. Die Staatsanwaltschaft hatte dieselbe beschlagnahmen lassen wegen Majestätsbeleidigung in etwa zwanzig Stellen. Schon das Amtsgericht hatte nur eine dieser Stellen für bedenklich gehalten und die Beschlagnahme aufgehoben, jetzt fand nun das Landgericht, das sowohl vom Verteidiger wie der Staatsanwaltschaft angerufen war, auch diese eine Stelle nicht für strafbar. Dasselbe erklärte der Anklage gegenüber dem Sinne nach, daß eine Kritik der Person oder der Handlungen des Staatsoberhauptes nicht notwendig einen strafbaren Tadel in sich schließe.

Die gegen den Redakteur des Halleschen Volksblattes wegen Beleidigung eines Oberbergrates verhängte Geldstrafe von 1200 Mk. wurde in zweiter Instanz „wegen der Schwere der Beleidigung" in sechs Wochen Gefängnis umgewandelt.

Die zu Ostern 1891 in der Volksbuchhandlung von Langer in Chemnitz beschlagnahmten 252 Exemplare des Liederbuches von Max Kegel sind jetzt, am 6. Dezember 1896, also nach 5¾ Jahren, glücklich an ihren Besitzer wieder zurückgelangt.

### Litterarische Eingänge.

Der Fabrikarbeiter und seine rechtliche Stellung, Handbuch für Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verwaltungsbehörden und Gewerbegerichte, von Emil Wolff, Vorsitzender des Gewerbegerichtes und Bürgermeistereibeigeordneter in Offenbach. Preis (gebunden) 2 Mk. Verlag von H. Bechhold, Frankfurt a. M. Das Buch bringt, übersichtlich zusammengestellt und durch ein Sachregister ergänzt, alles was sich auf Fabrikarbeiter, den Arbeitsvertrag, die Beschlagnahme des Lohnes, die Arbeiterversicherung, die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse bezieht, ist sonach ein für alle Interessenten unentbehrlicher Ratgeber.

Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. XV. Jahrgang. Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag. Quartaliter 2,50 Mk. Heft 8/9. Enthalten u. a.: Die Umsatzsteuer gegen den Großbetrieb im Detailhandel, von Max Schippel; die Arbeitslosigkeitsversicherung und die Frankfurter Zeitung von Kautsky.

Zur guten Stunde. Illustrierte deutsche Zeitschrift. X. Jahrg., 8. Heft.

### Arbeiterbewegung.

In Hamburg-Altona ist keine Veränderung eingetreten. Wie seitens der Arbeiter aus allen Orten Unter-